



Stiftung
niedersächsische
Gedenkstätten

Die sowjetischen Kriegsgefangenen und die deutsche Erinnerungskultur

Ansprache zum 75. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 2016 auf dem Kriegsgefangenenfriedhof in Sandbostel

Man kann die sowjetischen Kriegsgefangenen heute nicht mehr als vergessene Opfergruppe bezeichnen, zu zahlreich sind die wissenschaftlichen Publikationen über sie und die Aktionen, mit denen öffentlich ihr Schicksal gewürdigt wird. Es gibt zeitgemäße Ausstellungen wie hier in Sandbostel, in der Gedenkstätte Bergen-Belsen oder im Deutsch-Russischen Museum in Berlin-Karlshorst, wir haben Schülerprojekte wie das Namensziegelprojekt, das in Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge unter anderem auf dem Friedhof in Sandbostel und dem Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten neben der Gedenkstätte Bergen-Belsen beständig erweitert wird, es gibt Vereine wie Kontakte – Kontakty in Berlin, die sich beständig bemühen, die letzten Überlebenden zu Wort kommen zu lassen und die Verbindung mit ihnen zu pflegen. All dies und zahllose weitere Initiativen haben dazu geführt, dass das Leiden der sowjetischen Kriegsgefangenen heute regelmäßig bei öffentlichen Veranstaltungen gewürdigt wird. Aber alle diese Bemühungen ändern nichts daran, dass ihre öffentliche Anerkennung als besonders hart betroffene Opfergruppe des Nationalsozialismus zu spät gekommen ist, viel zu spät. Noch bei der Entschädigungsregelung für Zwangsarbeit im Nationalsozialismus in den 1990er Jahren sind sie willkürlich ausgeschlossen worden, anscheinend allein, weil man eine unkalkulierbar große Zahl von Antragstellern befürchtete. In dieser Überlegung allein liegt ja sozusagen eine negative Bestätigung ihres Leidens, denn dabei wird stillschweigend vorausgesetzt, dass sie zweifellos Zwangsarbeiter waren und dass es sich um eine sehr große Gruppe handelte.

Und es gibt eine weitere Leerstelle, die das Gedenken jenseits der zahlreichen Veranstaltungen und Projekte zu den sowjetischen Kriegsgefangenen betrifft. Denn sie sind im allgemeinen öffentlichen Bewusstsein nicht so fest verankert, wie andere Opfergruppen. Das liegt auch daran, dass es keine breitenwirksame publizistische Verarbeitung ihres Schicksals gibt, konkret: es gibt trotz des immer weiter anschwellenden Booms an historischen Stoffen in Fernsehen und Kino keinen Film, der zur besten Sendezeit exemplarisch einen sowjetischen Kriegsgefangenen oder ein Stalag in den Mittelpunkt stellen würde. Gerade im Fernsehen gibt es eine Fülle derartiger Produktionen, die verschiedenste Protagonisten bis hin zu den Flüchtlingen und Vertriebenen dem Zuschauer vorstellen und ihn mitleiden lassen. Dass es etwas Vergleichbares zu sowjetischen Kriegsgefangenen nicht gibt, hat zur Folge, dass ihr Schicksal ausschließlich rational erfasst wird – etwa über die wissenschaftliche Erforschung oder auf Gedenkveranstaltungen mit interpretierenden Ansprachen –, dass es in der deutschen Gesellschaft jedoch kaum eine emotionale Bindung zu ihnen gibt. Ich warte immer noch auf den Mehrteiler, der in ARD oder ZDF um 20.15 Uhr läuft und einen sowjetischen Soldaten von seiner Jugend, seiner durch den Krieg unterbrochenen Bildungskarriere, seiner Einberufung und den folgenden Kämpfen, seiner Gefangenschaft und Zwangsarbeit, seiner Befreiung bis zu seinem beschwerlichen Leben in der Nachkriegssowjetunion begleitet. Die anonyme Aufzählung der enormen Todeszahlen oder Todesursachen bei vielen Gelegenheiten bleibt in dieser Hinsicht folgenlos.

Vorsitzende des Stiftungsrates
Ministerin Frauke Heiligenstadt

Geschäftsführer
Dr. Jens-Christian Wagner

Im Guldernen Winkel 8
29223 Celle

T +49(0)5141.933 55 - 0
F +49(0)5141.933 55 - 33

www.stiftung-ng.de
www.bergen-belsen.de

info@stiftung-ng.de

Nord LB
IBAN DE14 2505 0000 0150 0685 42
BIC NOLADE2H

Steuer-Nr. 17/207/00483
U-St.Id.Nr. DE814435180



Stiftung
niedersächsische
Gedenkstätten

Ausdruck dieses fehlenden Mitleidens ist die Tatsache, dass es aus Anlass des 75. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion keinen offiziellen politischen Staatsakt gibt, stattdessen mehrere Veranstaltungen in Berlin auf denen Vertreter von Staat und Regierung vor verschiedenen Teilöffentlichkeiten sprechen. Der Hauptgrund scheint zu sein, dass man sich nicht in dem Gestrüpp des derzeitigen Konflikts zwischen Russland und der Ukraine verheddern wollte. Hier haben wir es in der Tat mit äußerst verhärteten Fronten zu tun, aber dass man daraus den Schluss gezogen hat, das Gedenken sozusagen zu teilen und mehrere Veranstaltungen anzusetzen, auf denen aber weder Bundespräsident noch Bundeskanzlerin sprechen, ist in mehrerer Hinsicht aufschlussreich: zum einen zeigt es das, was ich eben die fehlende emotionale Bindung zu dieser Opfergruppe genannt habe. Bei anderen Opfergruppen, deren Schicksal tiefer im kollektiven Gedächtnis der Deutschen verankert ist, stehen Gedenkveranstaltungen nicht in Frage, egal, wie sich das aktuelle politische Umfeld gerade gestaltet. Daran wird auch deutlich, dass Empathie, Mitfühlen und Emotion Voraussetzungen für eine intensivere Analyse der nationalsozialistischen Verbrechen sind.

Aber das Fehlen eines offiziellen Staatsaktes kann genauso Ausdruck der Überzeugung sein, dass uns die Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen und auch der sowjetischen Bevölkerung unter deutscher Besatzungsherrschaft heute in dem Sinne nichts mehr angeht, als wir daraus keine Lehren für Gegenwart und Zukunft ziehen können. Darin äußert sich die Ansicht, dass uns das Betrachten des Krieges gegen die Sowjetunion keine Aufschlüsse über das Funktionieren und die Entwicklung des nationalsozialistischen Systems liefern kann. Auch hier ist es so, dass bei anderen nationalsozialistischen Verbrechen wie Holocaust, Euthanasie oder dem Völkermord an Sinti und Roma dieser Aktualitätsbezug automatisch hergestellt wird. Bei offiziellen Reden über den Krieg gegen die Sowjetunion sind derartige Töne weit seltener zu hören. Diese Geschehnisse werden auf diese Weise weiterhin vom Nationalsozialismus abgekoppelt. Dabei sagen uns gerade die Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion wie die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen enorm viel über Wesen und Funktionsbedingungen der nationalsozialistischen Diktatur und sie gehören genauso zum Wesen des Nationalsozialismus wie die anderen genannten Verbrechen. Es ist außerhalb der wissenschaftlichen Sphäre immer noch kein Allgemeingut, dass es sich nicht um Kriegsgefangene gehandelt hat, sondern um die Opfer eines Verbrechens.

Ich habe eingangs erwähnt, dass es so gut wie zu spät ist, um den noch lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen noch wirksame Hilfe zu gewähren. Ihr Leiden in Gefangenschaft und auch ihre Benachteiligung nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion haben ihr Leben geprägt und können nicht mehr rückgängig gemacht werden. Umso wichtiger ist es, ihr Schicksal immer wieder in Erinnerung zu rufen und zu prüfen, was wir daran über den Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft im Krieg lernen können. Denn ihr millionenfaches Sterben, vor allem im Winter 1941/42, fiel nicht vom Himmel, es geschah nicht zufällig. Für ein derartiges Verbrechen bedurfte es umfangreicher Planungen und auch sozusagen ideologischer Vorarbeiten. Skrupel mussten beseitigt und moralische Bedenken aus dem Weg geräumt werden, um den unvergleichlichen Raub- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion in Gang zu setzen.

Und dies alles hatte in der Tat eine lange Vorgeschichte, die spätestens 1933 begann. Denn ab diesem Zeitpunkt wurde der Rassismus handlungsleitende Richtlinie für fast alle Politikfelder im Deutschen Reich. Dass diese Geschichte aber recht eigentlich noch viel früher beginnt, sieht man daran, dass die Etablierung des Rassismus als Staatsideologie nicht gegen große Widerstände erkämpft werden musste, sondern überall auf bereitwilliges Mitmachen stieß. In allen Eliten, sei es Wirtschaft, Wissenschaft, Politik oder Kultur, war der Same bereits gelegt, der unter dem Nationalsozialismus dann zu so

Vorsitzende des Stiftungsrates
Ministerin Frauke Heiligenstadt

Geschäftsführer
Dr. Jens-Christian Wagner

Im Guldernen Winkel 8
29223 Celle

T +49(0)5141.933 55 - 0
F +49(0)5141.933 55 - 33

www.stiftung-ng.de
www.bergen-belsen.de

info@stiftung-ng.de

Nord LB
IBAN DE14 2505 0000 0150 0685 42
BIC NOLADE2H

Steuer-Nr. 17/207/00483
U-St.Id.Nr. DE814435180



Stiftung
niedersächsische
Gedenkstätten

fürchterlicher Blüte heranwuchs. Die Annahme eines angeborenen ungleichen Wertes der Menschen, je nachdem welcher angeblichen Rasse sie angehörten, diente als Lösungsansatz bei fast allen Problemen, denen sich das nationalsozialistische Deutschland gegenüber sah. In dieser rassistischen Rangordnung standen die slawischen Völker nur unwesentlich über Juden sowie Sinti und Roma, über deren Ausrottung man sich umso einiger war, je länger das nationalsozialistische Regime an der Macht war. Letztlich bestand der Unterschied nur darin, dass man angesichts der großen Zahl von Angehörigen der slawischen Völker keine Vernichtung anstrebte, sondern eine Verdrängung in lebensfeindliche Räume. Das Lebensrecht sprach man ihnen in der Konsequenz jedoch genauso ab. Und bei den Menschen in der Sowjetunion kam noch ein zweites Element hinzu: der verbreitete Hass auf den Sozialismus, der sich als bedenkenloser Antibolschewismus radikalisierte und in holzschnittartiger Weise mit dem Rassismus verband, insofern den westlicher gelegenen Völkern wie Ukrainern und Belarussen eine geringere Bindung an das stalinistische Regime unterstellt wurde als den östlicheren, die nach der Ideologie schon unter verwerflichem asiatischen Einfluss standen.

Folgerichtig kann man die Vorbereitungen auf den Krieg gegen die Sowjetunion und die Beherrschung der Bevölkerung in diesen Räumen nur als Planung eines Verbrechens bezeichnen. Sowohl in der vorgesehenen Behandlung der Kriegsgefangenen als auch den Vorbereitungen zum Umgang mit der Zivilbevölkerung ist diese verbrecherische Grundhaltung unübersehbar. Bedenkenlos wurden der Hungertod von Millionen Menschen und die direkte Ermordung Zigtausender, die man als Repräsentanten des sowjetischen Regimes ansah, zur Voraussetzung des Gelingens der Planungen erhoben. Wesentliches Merkmal dieser unmittelbaren Vorgeschichte des Überfalls auf die Sowjetunion im Juni 1941 ist die reibungslose Zusammenarbeit von NSDAP und SS mit Behörden, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Polizei und nicht zuletzt der Wehrmacht. Alle diese Funktionäre, die man in ihrer Mehrheit zum klassisch gebildeten Bürgertum rechnen kann, teilten die Grundannahmen der nationalsozialistischen Ideologie oder waren bereit, ihre Bedenken zur Erreichung eigener Ziele zurückzustellen.

In Bezug auf die sowjetischen Kriegsgefangenen zeigte sich dieser Grundzug darin, dass man auf der einen Seite von der schnellen Gefangennahme großer Massen an Soldaten ausging, auf der anderen Seite aber so gut wie keine Vorbereitungen für ihre Unterbringung und Versorgung traf. Die deutsche Hybris zeigte sich daran, dass man sie anfangs auch nicht als Arbeitskräfte vorgesehen hatte. Stattdessen pferchte man sie auf freiem Feld in den eroberten Gebieten der Sowjetunion zusammen und überließ sie dort weitgehend sich selbst. Zur Entlastung der Front hatte man aber von Beginn an sogenannte „Russenslager“ auf dem Gebiet des Deutschen Reiches vorgesehen, also spezielle Kriegsgefangenenlager, deren Bezeichnung schon die Geringschätzung die Bürger der Sowjetunion ausdrückte. Denn es war allen Beteiligten klar, dass damit Lager gemeint waren, die in keiner Beziehung dem sonst bei Kriegsgefangenenlagern üblichen Standard glichen. Was das bedeutete, kann man auf Fotos dieser Lager wie Wietzendorf oder Sennelager bei Bielefeld aus dem Jahr 1941 sehen: selbstgegrabene Erdhöhlen statt Baracken, Hunger und Seuchen. Hier zeigt sich überdeutlich die Verinnerlichung des rassistischen Denkens bei den Dienststellen der Wehrmacht: man sieht die Notwendigkeit, die sowjetischen Gefangenen aus dem unmittelbaren Kriegsgebiet wegzuschaffen, gleichzeitig ist es in diesen Kreisen selbstverständlich, dass man sie nicht einfach in die bereits seit 1939 existierenden Kriegsgefangenenlager sperrt – die durchaus Platz geboten hätten, da die meisten französischen Gefangenen mittlerweile auf Arbeitskommandos verteilt worden waren –, sondern spezielle Bereiche schafft, die man kaum Lager nennen kann, weil sie aus nicht viel mehr als der Umzäunung bestanden.

Vorsitzende des Stiftungsrates
Ministerin Frauke Heiligenstadt

Geschäftsführer
Dr. Jens-Christian Wagner

Im Guldernen Winkel 8
29223 Celle

T +49(0)5141.933 55 - 0
F +49(0)5141.933 55 - 33

www.stiftung-ng.de
www.bergen-belsen.de

info@stiftung-ng.de

Nord LB
IBAN DE14 2505 0000 0150 0685 42
BIC NOLADE2H

Steuer-Nr. 17/207/00483
U-St.Id.Nr. DE814435180



Stiftung
niedersächsische
Gedenkstätten

Ebenso widersprüchlich ist der weitere Umgang mit den sowjetischen Gefangenen: weil die Knappheit an Arbeitskräften zunehmend das Funktionieren der deutschen Kriegsmaschinerie behindert und gleichzeitig deutlich wird, dass die Sowjetunion nicht wie ein tönerner Koloss zusammenbricht, wie die Propaganda suggeriert hatte, beginnt auf der einen Seite ein zunächst eng begrenzter Arbeitseinsatz unter Bedingungen, die kaum das Überleben der Gefangenen garantieren. Auf der anderen Seite setzt man dem einsetzenden Massensterben des Winters 1941/42 nichts Wirksames entgegen. Ansteckende Krankheiten und Seuchen wüten ungehindert unter den geschwächten und dem Hungertod nahen Gefangenen. In dieser Zeit entstehen die Massengräber in der Nähe der sogenannten „Russenslager“, auf einem dieser Friedhöfe stehen wir heute.

Die Einsicht, dass man bald jede arbeitsfähige Hand braucht, um den Krieg fortsetzen zu können, siegt zu dieser Zeit noch nicht über die ideologische Verachtung für die vermeintlich rassistisch niedriger stehenden, angeblich bolschewistisch verseuchten „Untermenschen“, wie sie in der Propaganda unverblümt genannt wurden. Dass die deutschen Wachsoldaten ungerührt den Qualen und dem Sterben zusehen, zeigt die verbreitete Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Ideologie. Und hier liegt auch eine Erkenntnis, die für uns heute noch wichtig ist: die Ideologie war eine wichtige Bindekraft des nationalsozialistischen Regimes. Ohne sie können wir die besonderen Grausamkeiten der Verbrechen nicht erklären. Und hier beginnen dann auch die Rechtfertigungsversuche der Nachkriegszeit zu bröckeln, die da lauten, dass man gezwungen war, mitzumachen oder sich einen persönlichen Nutzen versprach, ohne dem Regime innerlich nah gestanden zu haben.

Betrifft dies in der Anfangsphase nur die Angehörigen der Wehrmacht, so bringt das Jahr 1942 eine Ausweitung in die deutsche Gesellschaft hinein. Zunehmend werden sowjetische Kriegsgefangene Bestandteil jedes Dorfes, jedes Betriebes, jeder Stadt. Und hier ist es ähnlich: wir können flächendeckend das Denken in den Kategorien der nationalsozialistischen Ideologie feststellen. Aus zahllosen Dokumenten geht hervor, dass die Bürgermeister, Ortsbauernführer, Unternehmer und Handwerker begierig auf diese neuen Arbeitskräfte warteten, weil sie wussten, dass ihnen hier billige Arbeitskräfte angeboten wurden, die vollkommen rechtlos waren und bei Entkräftung oder Tod problemlos durch andere Zwangsarbeiter ersetzt werden konnten. So verbesserte sich ihr Schicksal nur punktuell. Natürlich waren die Verhältnisse in der Landwirtschaft besser, vor allem, was den Bereich der Ernährung anbetraf. Aber häufig dienten diese landwirtschaftlichen Arbeitskommandos nur der vorübergehenden Aufpäppelung, bis die Gefangenen wieder in der Rüstungsindustrie oder kräfteraubenden Baukommandos eingesetzt werden konnten.

Wir sind es den Opfern dieser Politik für immer schuldig, dass wir ihrer voraussetzungslos gedenken, egal, welche politische Großwetterlage gerade herrscht. Und darüber hinaus ist es auch für das gegenwärtige Deutschland zentral, genau hinzusehen, welche zahllosen kleinen Schritte zu diesem Verbrechen des Massensterbens anfänglich gesunder junger Menschen geführt haben. Wir erkennen dann, dass in einem Staat, der vorhandene Ressentiments und Vorurteile scheinrational bestätigt und zur allumfassenden Lösung sämtlicher Probleme erklärt, schon bald alle Hemmschwellen fallen und Verbrechen ungeahnten Ausmaßes möglich werden. Mir scheint, dass dies kein Problem von gestern ist und uns die genaue Betrachtung des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen nicht nur in dieser Hinsicht wertvolle Erkenntnisse für heute und morgen liefern kann.

*Dr. Jens Binner, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten
Jens.binner@stiftung-ng.de*

Vorsitzende des Stiftungsrates
Ministerin Frauke Heiligenstadt

Geschäftsführer
Dr. Jens-Christian Wagner

Im Guldernen Winkel 8
29223 Celle

T +49(0)5141.933 55 - 0
F +49(0)5141.933 55 - 33

www.stiftung-ng.de
www.bergen-belsen.de

info@stiftung-ng.de

Nord LB
IBAN DE14 2505 0000 0150 0685 42
BIC NOLADE2H

Steuer-Nr. 17/207/00483
U-St.Id.Nr. DE814435180